

Bedürfnißmaß vorzuschreiben, wenn alle übrigen concurrirenden Klassen der Gesellschaft dasselbe erweitert haben.

Die Theuerung der Brodstoffe in den letzten Jahren war so groß, daß sie erweislich in Familien von zahlreicher Kopfszahl, da wo das Einkommen unverändert blieb, zu schwerer Sorge und Entbehrung Veranlassung gegeben hat. Ist nun auch mit Gottes Hilfe dieser Nothstand, während dessen der Etat einer bürgerlichen Haushaltung wesentlich verrückt, oft nur die Beschaffung des Allerunentbehrlichsten und auch dies in vielen Fällen nur unter Verbrauch noch nicht verdienten Geldes — Schulden — möglich ward, vorübergegangen, das Brod wieder wohlfeiler geworden, so möchte doch zu bezweifeln sein, daß der Durchschnittswerth desselben dauernd auf den früherer Jahre herabgehen werde; andere Lebensbedürfnisse aber, wie Fleisch, Brennmaterial, Wohnräume sind nicht allein nicht wohlfeiler geworden, es scheint vielmehr ihre Theuerung noch zuzunehmen. Namentlich sind es die Miethen, welche gegenwärtig an den meisten Orten des Landes weitaus, an manchen Orten und namentlich für mittlere und kleinere Wohnungen bis zu 100% höher in den Preisen stehen als früher. Es wird wenige Familienväter geben, welche nicht bestätigen müßten, daß seit einer Reihe von Jahren, selbst da, wo das frühere Bedürfnißmaß festgehalten worden ist, die Kosten des Haushaltes sich fortwährend gesteigert haben.

Ist dies constatirt, ergiebt sich ferner aus der Beurtheilung der veranlassenden Ursachen, daß diese Erscheinung keine vorübergehende sein werde, so muß man wohl zu einer bejahenden Beantwortung der weiter oben aufgestellten ersten Frage gelangen.

Es wird zugegeben werden müssen, daß das Verhältniß, welches früher zwischen den Einkünften der mit festen Gehalten Angestellten und den Kosten der Lebensbedürfnisse bestanden, durch die zunehmende Theuerung verrückt worden ist, und consequent wird hieraus überall da, wo dieses Verhältniß nicht elastisch genug ist, um die Mittel darzubieten auch für den erhöhten Aufwand, ein wirkliches Mißverhältniß sich ergeben.

Insofern also die hohe Staatsregierung das thatsächliche Bestehen eines Mißverhältnisses rücksichtlich eines Theiles der im Staatsdienste Angestellten annimmt, kann die unterzeichnete Deputation dem nur beipflichten. Das Verhältniß ist verrückt für Alle, denen für den erhöhten Aufwand nur ein unverändertes Einkommen zufließt — für einen Theil aber ein wirkliches Mißverhältniß zuzugestehen. Ueber diese Unterscheidung wird die Deputation weiter unten sich äußern.

Die Folgen eines solchen Zustandes, einer ökonomischen Verkommenheit eines Theils der einflußreichsten Träger der staatlichen Interessen, können für diese Interessen selbst nur sehr nachtheilig sein.

In zwei Richtungen werden sie, wenn die Mittel zur Abhilfe nicht bald erwogen und angewendet werden, unzweifelhaft zur Erscheinung kommen: in dem allmählichen Schwinden der bis dahin im Allgemeinen so hohen und erfreulichen sittlichen Integrität unsers Beamtenthumes und dann in einem zwar nicht sofort, aber unausbleiblich eintretenden intellectuellen Herabkommen des ganzen Standes.

Wo ein Mißverhältniß besteht zwischen den unabwieslichen Anforderungen des Lebens und den Mitteln zu ihrer Befriedigung, da findet die Versuchung in ihren verschiedensten Gestalten einen dankbaren und geebneten Boden

und sie wird ihn benutzen. — Von der Unterschlagung und Fälschung an, bis zu den subtilen Vergehen, welche aus dem Verluste der äußern und dann der innern Unabhängigkeit und Selbstständigkeit emporwuchern, gibt es eine ganze Kette von Veräufungen, die auf dieselbe Quelle zurückweisen, und jeder Vaterlandsfreund muß wünschen, daß uns Erfahrungen in dieser Beziehung möglichst erspart werden. —

Eine zweite traurige Folge einer anerkannt ungenügenden Dotirung des Beamtenstandes muß naturgemäß dessen intellectuelles Zurückgehen sein. Schon jetzt drängt sich die Wahnehmung auf, daß einzelne tüchtige Kräfte den Staatsdienst verlassen, um ein lohnenderes Gebiet für ihre Thätigkeit zu betreten und sicher wird diese Erscheinung bei längerer Andauer des erkannten Mißverhältnisses zunehmen, noch mehr aber dessen Einfluß auf die Wahl des Berufes überhaupt sich herausstellen. Es ist deshalb zwar keineswegs zu besorgen, daß es an Staatsdienern fehlen werde — es giebt ja so viele mittelmäßige Köpfe, die nach einem sichern, wenn auch beschränkten Auskommen streben müssen — aber wahrhaft tüchtige Kräfte werden durch solche Verhältnisse immer mehr nach andern lohnendern Gebieten, namentlich nach dem der materiellen Interessen hingedrängt, und der allmähliche nachtheilige Einfluß einer solchen Richtung auf den Beamtenstand im Allgemeinen, dürfte nicht ausbleiben. Der Staatsdienst bedarf aber mit der immer mehr zunehmenden Bildung des Volkes, mit der immer weiter gehenden Complication aller Verhältnisse und Interessen mehr als je der höchsten sittlichen und geistigen Kraft.

Diese zu erhalten wird, nach Ueberzeugung der Deputation, eine allmähliche Verbesserung der ökonomischen Lage eines Theiles der Angestellten, bei welchen das obenangedeutete Mißverhältniß am meisten sich bemerkbar macht, nicht zu umgehen sein. Je mehr aber zu besorgen ist, daß, falls die Strömung sich in der gegenwärtigen Richtung erhält, die hierbei zu lösende Aufgabe mit der Zeit an Umfang wachsen werde, um so berechtigter ist der Wunsch, daß hierzu wenigstens theilweise in anderer Weise die Mittel sich ergeben möchten, als durch Belastung der Unterthanen. Zwar ist einzuräumen, daß die zunächst erforderlichen Mittel aus derjenigen Quelle geschöpft werden sollen und müssen, deren reichlicherer Ertrag mit den veranlassenden Ursachen der sich ergebenden Nothwendigkeit zusammenrifft, diejenigen Staatseinnahmen, welche wachsen ohne Erhöhung der Lasten des Volkes; — allein es ist nicht außer Acht zu lassen, daß noch immer außerordentliche Steuern bezahlt werden müssen, jetzt, wo noch nichts für den hier vorliegenden Zweck geschehen ist, und daß voraussichtlich die für denselben erforderlichen Summen nicht ganz unbedeutend sein werden.

Die Deputation kann zwar nicht glauben, daß es möglich sein werde, die Aufgabe der Verwaltung, wie sie sich gegenwärtig gestaltet, mit schwächern Kräften zu lösen, als bis dahin — wohl aber meint sie, die Nothwendigkeit einer Erhöhung der Beamtengehälter werde zu einer erneuerten sorgfältigen Erwägung der Frage führen müssen, ob nicht hier und das theils die Aufgabe der Staatsverwaltung durch Kräftigung und Erweiterung der Selbstverwaltung der Gemeinden und Corporationen etwas zu beschränken, die Organisation der Staatsverwaltung hier und da etwas zu vereinfachen, auch wohl in manchen Fällen von besser bezahlten Beamten eine größere Leistung zu be-